

Aktuelle Trends

Joachim Ragnitz

Subventionsabbau: Wider die Rasenmähermethode
– ein Kommentar

Arbeitskreis Konjunktur

Konjunktur aktuell: Aufhellung in Sichtweite

Martina Kämpfe

Konjunktur in Mittel- und Osteuropa
gewinnt an Dynamik

Ibolya Mile

IWH-Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen
in Mittel- und Osteuropa: Weitere Entspannung
– Problemfall Ungarn

Siegfried Beer

Unternehmensbezogene Dienstleistungen
in Ostdeutschland
– eine Auswertung der Dienstleistungsstatistik

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im August 2003

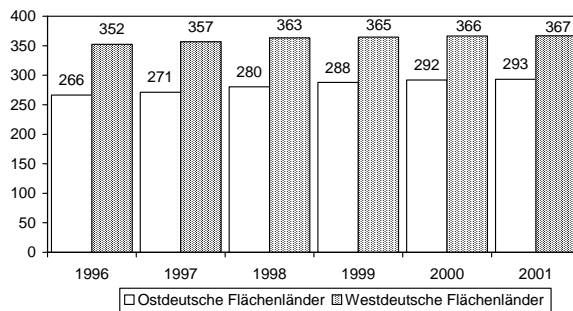
12/2003

24.09.2003, 9. Jahrgang

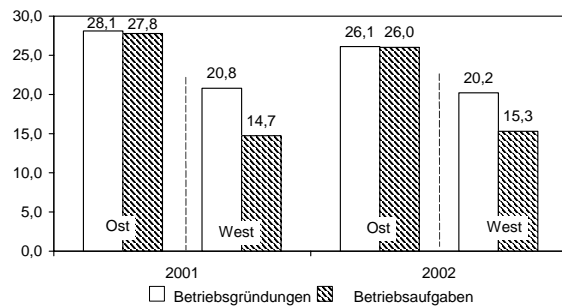
Aktuelle Trends

Die Unternehmenslücke in Ostdeutschland schließt sich noch nicht

Umsatzsteuerpflichtige je 10 000 Einwohner in Ost- und Westdeutschland (Flächenländer) in den Jahren 1996 bis 2001



Betriebsgründungen und Betriebsaufgaben^a je 10 000 Einwohner lt. Gewerbeanzeigenstatistik in Ost- und Westdeutschland (Flächenländer) in den Jahren 2001 und 2002



^a Einschließlich Aufgabe von Betriebsteilen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Unternehmensdichte gehört mit zu den wichtigsten Entwicklungsdeterminanten einer Region, denn sie beeinflusst die Beschäftigung, den Wettbewerb und das Innovationsgeschehen. Gemessen an den Verhältnissen in Westdeutschland hat Ostdeutschland eine Unternehmenslücke. Die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen je 10 000 Einwohner, die hier als Indikator zur näherungsweisen Abbildung der Unternehmensdichte verwendet wird, lag im Jahr 2001 in den ostdeutschen Flächenländern bei 293 im Vergleich zu 367 in den westdeutschen Flächenländern. Würde Ostdeutschland die westdeutsche Unternehmensdichte aufweisen, müssten rund 100 000 Unternehmen mehr existieren. Für das Jahr 2002 liegen noch keine entsprechenden Daten zur Unternehmensdichte, gemessen an der Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen, vor. Verfügbar sind jedoch Angaben aus der Gewerbeanzeigenstatistik über Betriebsgründungen und -aufgaben im Jahr 2002. Betriebsgründungen und -aufgaben sind zwar nicht deckungsgleich mit Unternehmensgründungen/-aufgaben, weil u. a. auch Zweigniederlassungen und unselbständige Zweigstellen mit erfasst werden. Diese Daten können aber zumindest eine erste Vorstellung über das Gründungsgeschehen im Jahr 2002 liefern. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Betriebsgründungen je 10 000 Einwohner in Ostdeutschland weiter zurückgegangen. Zudem wurden im Osten – rein rechnerisch – im Jahr 2002 beinahe ebenso viele Betriebe und Betriebsteile, ebenfalls je 10 000 Einwohner, aufgegeben, wie gegründet wurden. Aus der Zahl der Betriebsgründungen und der Betriebsaufgaben ist also nicht erkennbar, dass sich die Unternehmenslücke in den neuen Ländern spürbar schließt. In Westdeutschland verbleibt dagegen bei der Gegenüberstellung von Betriebsgründungen und -aufgaben noch ein positiver Saldo. Eine genaue Ermittlung der Nettozahl der Gründungen durch Saldierung von Betriebsgründungen und -aufgaben ist allerdings aufgrund von Unschärfen der Gewerbeanzeigenstatistik (z. B. wegen Überzeichnungen des Gewerbeanmeldegeschehens durch „Scheingründungen“ oder wegen Unterzeichnungen des Abmeldegeschehens durch unterlassene Gewerbeabmeldungen) nicht möglich und zweckmäßig. Die Flaute beim Gründungsgeschehen ist dennoch nicht zu übersehen. Fortschritte beim Schließen der Unternehmenslücke im Osten sind momentan nicht erkennbar. Die Stärkung des Unternehmertums bleibt weiterhin eine dringende gesellschaftspolitische Aufgabe.

Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

Kommentar:

Subventionsabbau: Wider die Rasenmähermethode

Derzeit wird wieder intensiv darüber diskutiert, die Subventionen in Deutschland deutlich zu reduzieren – wobei zur Begründung eigentlich nur das Erfordernis einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte genannt wird. Tatsächlich kann auch nur dieses Argument – und das inzwischen kaum mehr verhohlene Eingeständnis eigener Machtlosigkeit gegenüber den organisierten Interessen der Subventionsempfänger – erklären, weshalb der Subventionsabbau dabei nach der „Rasenmähermethode“ vollzogen werden soll, eine Überprüfung der Sinnhaftigkeit einzelner Hilfen aber nicht vorgesehen ist. Ganz offensichtlich ignorieren die politischen Entscheidungsträger, dass Subventionen selektive Eingriffe in das Wirtschaftsleben darstellen, die im Einzelfall von der Zielsetzung her zwar gerechtfertigt sein mögen, häufig genug aber aufgrund von Anpassungsreaktionen der Märkte die gewünschten Wirkungen überhaupt nicht erreichen – insoweit also verschenktes Geld sind. Das aber bedeutet: Die Politiker – auch wenn sie den Widerstand der Lobbyisten fürchten – stehen gegenüber ihren Wählern in der Pflicht, bei jeder einzelnen Subvention kritisch zu prüfen, inwieweit sie mit Blick auf die intendierten Wirkungen und der nicht beabsichtigten Nebenwirkungen vertretbar ist.

Es ist müßig, alle Argumente für und wider gegen Subventionen hier zu wiederholen. Viel zu wenig Beachtung findet aber:

- Viele Subventionen sind ungerecht, weil sie zu einer Umverteilung von den Beziehern niedriger Einkommen zu den Beziehern hoher Einkommen führen.
Beispiel: Die Pendlerpauschale, die allein schon aufgrund der Progression des Steuersystems Besserverdienenden in stärkerem Maße zugute kommt.
- Sie sind selektiv, weil sie begünstigen, wer seine Interessen am besten artikulieren kann.
Beispiel: Die Subventionen für die gut organisierte Landwirtschaft, die über überhöhte Preise von den Verbrauchern zu zahlen sind.
- Sie sind zu einem guten Teil wirkungslos, weil sie zu marktlichen Anpassungsprozessen führen.
Beispiele: Die Eigenheimzulage für Bestandswohnungen, weil sie bei gegebenem Wohnungsangebot allein zu Preissteigerungen führt, von denen nur die Verkäufer profitieren; die Steinkohlesubventionen, die deutlich überdurchschnittliche Löhne in diesem Sektor erlauben.

Leider sind die Wirkungsmechanismen dabei häufig sehr verschlungen, sodass letzten Endes überhaupt nicht klar ist, wer von einer Fördermaßnahme profitiert; dass es aber allein der unmittelbar Begünstigte ist, widerspricht allen Vorstellungen, die die Wirtschaftswissenschaft von der Funktionsweise von marktlichen Systemen entwickelt hat.

Subventionskürzungen nach der Rasenmähermethode – auch wenn sie immer noch besser sind als gar keine Subventionskürzungen – müssen als Ausdruck eines Politikversagens angesehen werden. Jede einzelne Subvention muss auf den Prüfstand gestellt werden, am besten auf den Prüfstand einer unabhängigen und in ihrer Zusammensetzung der Öffentlichkeit bis zur Vorlage des Ergebnisses geheimzuhaltenden Kommission. Diese sollte dann aufgrund eines vorab definierten Kriterienkatalogs entscheiden, welche Subventionen gerechtfertigt sind; alle anderen Hilfen sollten mit einer kurzen Übergangsfrist abgeschafft werden. Es wäre fatal, wenn Deutschland es nicht schaffen würde, das – im Prinzip doch allgemein anerkannte – Ziel eines Subventionsabbaus im Interesse der langfristigen Sicherung staatlicher Handlungsspielräume zu erreichen.

Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de

Konjunktur aktuell: Aufhellung in Sichtweite*

Das Statistische Bundesamt hat mit der Veröffentlichung der neuesten Quartalsdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die Ergebnisse für die zurückliegenden vier Jahre überarbeitet. Dies war Anlass für eine Überprüfung der Konjunkturprognose des IWH. Die amtliche Neuberechnung ergab einen schwächeren Konjunkturverlauf in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres als zuvor gemeldet. Diese Veränderung der statistischen Ausgangsbasis würde – für sich genommen – eine Abwärtsrevision der bisherigen IWH-Prognose der Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozentpunkte für 2003 nach sich ziehen. Wegen der sichtlichen Aufhellung der Konjunkturaussichten in der Weltwirtschaft wird jedoch die Produktion im späteren Verlauf dieses Jahres wohl etwas stärker als bislang erwartet steigen, sodass das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr nicht sinken, sondern stagnieren dürfte. Der konjunkturelle Impuls aus dem Ausland wird im kommenden Jahr an Stärke gewinnen. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2004 einschließlich des Arbeitstageeffekts um 1,8% höher sein als in diesem Jahr.

Aufschwung der US-Wirtschaft belebt Weltkonjunktur

Nach dreijähriger Schwächephase sprechen gegenwärtig viele Anzeichen für einen beginnenden Aufschwung der Weltwirtschaft. Die etwas ruhigere weltpolitische Lage und die expansive Geldpolitik der wichtigen Zentralbanken scheinen auf die weltwirtschaftliche Entwicklung durchzuschlagen. Zudem lassen die Belastungen durch das Platzen der New Economy-Blase weiter nach. Optimismus hat besonders auf den Weltfinanzmärkten Platz gegriffen. Im Anstieg der Aktienkurse spiegeln sich verbesserte Gewinnerwartungen wider. Das Investitionsklima hellt sich auf. Ein Anziehen der Investitionstätigkeit lässt sich schon jetzt in wichtigen Regionen der Welt erkennen.

Wiederum geht die Belebung der Weltkonjunktur vor allem von den USA aus. Der Aufschwung dürfte sich dort etwas kräftiger als bislang erwartet entwickeln, und er steht auf einer breiten Basis: Deutliche Zuwächse gab es zuletzt sowohl bei den Investitionen als auch beim privaten und öffentlichen Konsum. Überraschend ist die kräftige Expansion der Produktion in Japan. Dort scheint sogar erstmals seit Jahren die Aussicht auf ein Ende der Deflation zu bestehen.

Ein weltwirtschaftlicher Aufschwung wird sich allerdings gegen weiterhin bestehende Belastungen und Risiken durchsetzen müssen: Die Rolle der USA als internationale Konjunkturlokomotive wird für einen weiteren Anstieg des US-Leistungsbilanzdefizits sorgen. Schon jetzt wird das Defizit nicht allein durch Anlagen privater ausländischer Investoren in den USA, sondern zu einem Gutteil mittels Kauf von US-Titeln durch einige ostasiatische Zentralbanken finanziert. Die Notenbanken versuchen auf diese Weise, eine Aufwertung der eigenen Währungen gegenüber dem Dollar zu verhindern und so die Wettbewerbsbedingungen der heimischen Exporteure günstig zu halten. Es besteht das Risiko, dass diese Politik nicht auf Dauer durchzuhalten ist; erhebliche Turbulenzen auf den Währungsmärkten könnten die Folge sein.

Ein weiterer Risikofaktor ist die labile Situation im besetzten Irak. Sie ist für den recht hohen Erdölpreis und auch für das sprunghaft gestiegene US-amerikanische Budgetdefizit mitverantwortlich. Während in den USA Ausgabenexpansion und Steuersenkungen zumindest kurzfristig zum Aufschwung beitragen, ist der Finanzpolitik im Euroraum wegen der prekären Haushaltssituation in den großen Ländern Deutschland, Frankreich und Italien ein expansiver Kurs versperrt.

Auch deshalb bleibt die Entwicklung im Euroraum verhalten. Die Unternehmensinvestitionen werden nur langsam auf einen nachhaltigen Expansionspfad einschwenken, da die steigende Nachfrage zunächst aus den bestehenden Kapazitäten gedeckt werden kann. Außerdem bemühen sich die Unternehmen noch um eine weitere Reduzierung ihrer Verschuldung, die während der Überinvestitionsphase in der zweiten Hälfte der neunziger

* Dieser Beitrag wurde bereits als Pressemitteilung 15/2003 am 9. September 2003 veröffentlicht.

Jahre kräftig gestiegen war.¹ Im Zuge des jüngsten Abschwungs sind schon Konsolidierungsschritte unternommen worden, aber diese Restrukturierungen gingen mit einem zum Teil massiven Personalabbau einher. Dadurch wurden die verfügbaren Einkommen und die Ausgabebereitschaft der privaten Haushalte beeinträchtigt. Die Ausfuhren aus dem Euroraum werden zunächst noch durch die kräftige Aufwertung des Euro im vergangenen Jahr und im ersten Halbjahr 2003 belastet. Trotzdem entspricht die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen des Euroraums gegenwärtig dem langjährigen Durchschnitt.² Der dämpfende Effekt der Aufwertung wird allmählich abklingen, und im kommenden Jahr werden die Exporte von der steigenden Nachfrage im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung profitieren.

Impulse aus dem Ausland werden Stagnation der deutschen Wirtschaft beenden

Trotz des günstigen monetären Umfeldes gelang es der deutschen Wirtschaft auch im zweiten Vierteljahr nicht, sich aus der Stagnation zu lösen. Die Inlandsnachfrage ist erneut etwas gestiegen, der Beitrag der Außenwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt war aber wegen der Exportflaute weiterhin deutlich rückläufig.

Die desolate Lage der öffentlichen Finanzen, die langwierigen Debatten um die Reformen der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland und das Ausbleiben klarer Anzeichen für den Erfolg der Reformen am Arbeitsmarkt haben Konsumenten und Investoren in ihrer abwartenden Haltung bestärkt. Hinzu kommen die Unwägbarkeiten bei den Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und zur Gegenfinanzierung der dritten Stufe der Steuerreform, sodass der erwartete Entlastungseffekt bei den privaten Haushalten und den Unternehmen kaum absehbar ist.

Insgesamt zeichnet sich für die verbleibenden Monate dieses Jahres aus binnenwirtschaftlicher Sicht keine wesentliche Besserung der Lage ab. Im

Unterschied dazu hellt sich das Klima in der Weltwirtschaft weiter auf, und dies wird der deutschen Wirtschaft helfen, ihre Verkäufe im Ausland nach den Rückgängen in den letzten beiden Quar-

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2003 und 2004

	2002	2003	2004
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-1,0	0,8	1,9
Staatskonsum	1,7	0,7	1,1
Anlageinvestitionen	-6,7	-1,5	1,5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,6	0,5	3,4
Bauten	-5,8	-3,2	-0,2
Inländische Verwendung	-1,6	1,0	1,9
Exporte	3,4	0,0	5,0
Importe	-1,7	3,1	5,5
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,0	1,8
<i>Nachrichtlich:</i> USA	2,4	2,6	3,8
Euroraum	0,8	0,7	1,7
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,6	2,4	2,3
Effektivlöhne je Stunde	1,8	1,9	2,1
Lohnstückkosten ^a	0,6	0,7	0,0
Verbraucherpreisindex	1,4	1,0	1,3
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 671	38 110	38 070
Arbeitslose ^c	4 060	4 410	4 495
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	9,5	10,4	10,6
	<i>in % des nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,5	-4,1	-3,9

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH; ab 2003 Prognose des IWH.

¹ Vgl. EUROPEAN COMMISSION: Quarterly Report on the Euro Area, No. 2., July 2003.

² Vgl. EUROPÄISCHE ZENTRALBANK: Monatsbericht, August 2003, S. 75-84.

talen wieder zu steigern. Da sich die Auslandsmärkte nur langsam erholen und die vorangegangene Aufwertung des Euro erst jetzt voll die Exportgeschäfte erreicht, dürfte der Auslandsimpuls im Gefolge der anziehenden US-Konjunktur erst im späteren Verlauf des Jahres die Produktion in Deutschland anregen. Zusammen mit der Festigung des Aufschwungs in der Weltwirtschaft wird die Korrektur der Euro-Aufwertung den Export im nächsten Jahr stärken.

Mit Beginn des kommenden Jahres erhält der private Konsum vorübergehend einen Impuls von den Steuerentlastungen durch die zweite und dritte Stufe der „Steuerreform 2000“. Der zunächst anhaltende Beschäftigungsabbau wird jedoch die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte noch dämpfen. Die erwartete Wende am Arbeitsmarkt im zweiten Halbjahr wird dann für eine Verstärkung des Konsumanstiegs sorgen. Die Teuerung dürfte bei steigenden administrierten Preisen geringfügig anziehen.

Die Aufhellung der Absatzperspektiven wird die Investitionstätigkeit der Unternehmen anregen. Wegen der anhaltenden Unterauslastung der Produktionskapazitäten wird jedoch die Entwicklung verhalten ausfallen. Die Bauinvestitionen sinken weiterhin, wenn auch mit abnehmenden Raten.

Auf dem Arbeitsmarkt wird die konjunkturelle Wende erst in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres zu spüren sein. Bis dahin wird die Beschäftigung zurückgehen. Die Arbeitslosigkeit wird im nächsten Jahr im Schnitt bis nahe an die 4,5-Millionen-Marke steigen. Bislang zeigen die Arbeitsmarktreformen wenig Wirkung.

Die Finanzpolitik ist zwar auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausgerichtet, bisher allerdings vorwiegend durch Steuer- und Abgabenerhöhungen. Eine nachhaltige Konsolidierung sollte aber aus wachstumspolitischen Gründen über die Ausgabenseite erfolgen. Die Einsparanstrengungen sind unzureichend, vor allem da die Ausgaben in den Bereichen der sozialen Sicherung aus dem Ruder laufen. Hier müssen insbesondere im Hinblick auf die wieder anziehende Konjunktur im Jahr 2004 verstärkte Bemühungen erfolgen, die derzeit diskutierten Reformen am Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen konsequent umzusetzen. Insgesamt wird die Defizitquote in diesem Jahr bei 4,1% und im nächsten bei 3,9% liegen. Deutschland wird damit zum dritten Mal in Folge die Zielvorgabe des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verfehlen.

*Arbeitskreis Konjunktur
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)*

Konjunktur in Mittel- und Osteuropa gewinnt an Dynamik

Die robuste wirtschaftliche Expansion in Mittel- und Osteuropa hat sich ungeachtet der anhaltenden weltweiten Konjunkturschwäche im ersten Halbjahr 2003 fortgesetzt. Dabei kam es in einigen Ländern, darunter insbesondere in Russland und Polen, zu einer deutlichen Belebung. Eine rege Inlandsnachfrage unterstützte eine recht zügige Ausdehnung der Produktion, teilweise nahmen auch die Exporte stärker zu. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in den Beitrittsländern nach Einschätzung des IWH in diesem Jahr mit 3,1% zunehmen, nach 2,5% im vergangenen Jahr. Für 2004 ist aufgrund des zu erwartenden Anziehens der weltweiten Konjunktur mit einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Dynamik auf 3,8% in der Region zu rechnen. Die Inflation wird sich im

gesamten Prognosezeitraum weiter zurückbilden, wobei es vereinzelt auch zu einem weniger starken Rückgang des Preisauftriebs u. a. im Zuge von Steueranpassungen vor dem geplanten EU-Beitritt mittel- und osteuropäischer Länder im Frühjahr 2004 kommen kann. Der Arbeitsmarkt profitiert weiterhin nur gering von der wirtschaftlichen Expansion. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote wird auch im nächsten Jahr noch um die 13% liegen.

Weitere Belebung der Konjunktur in diesem Jahr

Im ersten Halbjahr 2003 hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten mittel- und osteuropäischen Region weiter deutlich belebt, wobei sich die Binnennachfrage – wie schon im Vorjahr –

Tabelle:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern sowie Russland

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
<i>Beitrittsländer^a</i>	49,4	2,5	3,1	3,8	2,8	2,4	2,9	14,8	14,1	13,1
Estland	0,8	6,0	5,0	6,0	3,6	2,0	2,5	10,3	10,0	9,5
Lettland	1,0	6,1	5,5	6,0	1,9	2,5	3,0	12,0	10,0	10,0
Litauen	1,7	6,7	6,0	6,0	0,3	0,8	1,0	13,8	12,0	11,0
Polen	23,5	1,4	2,8	3,5	1,9	1,0	2,0	19,9	19,0	18,0
Slowakei	2,9	4,4	3,8	4,2	3,3	8,5	6,0	18,6	16,0	17,0
Slowenien	2,7	3,2	3,2	3,8	7,5	6,0	4,5	6,4	6,4	6,2
Tschechien	8,6	2,0	2,5	3,5	1,8	1,0	2,0	7,3	7,5	7,0
Ungarn	8,1	3,3	3,2	4,0	5,3	5,0	5,0	5,6	6,0	5,0
<i>Spätere Beitrittsländer^a</i>	7,6	4,9	4,7	4,9	18,3	11,8	8,4	11,8	10,1	9,7
Bulgarien	1,9	4,8	5,0	5,0	5,8	2,5	3,5	17,4	14,0	14,0
Rumänien	5,7	4,9	4,6	4,8	22,5	15,0	10,0	10,2	9,0	8,5
<i>Nachrichtlich:</i>										
Russland	43,0	4,3	5,5	5,0	15,8	14,0	12,0	8,8	8,0	7,0
<i>Insgesamt</i>	100,0	3,4	4,3	4,4	9,6	8,1	7,2	10,8	9,9	9,1

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar; Arbeitslosenquote standardisiert und gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2001.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; 2003 und 2004: Prognose des IWH.

als wichtigste Wachstumsstütze erwies. In Lettland und Litauen hat sich die außerordentlich hohe Steigerung des Bruttoinlandsprodukts nochmals leicht beschleunigt. An Dynamik hat die wirtschaftliche Aktivität jedoch insbesondere in den beiden größten Volkswirtschaften, Russland und Polen, gewonnen. Vor allem dadurch hat sich die durchschnittliche wirtschaftliche Belebung im mittel- und osteuropäischen Raum nochmals verstärkt. Ursächlich für die Entwicklung in den genannten Ländern war vor allem die hohe binnenwirtschaftliche Nachfrage, die teils vom privaten Konsum, zunehmend aber auch von den Investitionen getragen wurde. In Polen zeichnete sich eine wirtschaftliche Erholung bereits im letzten Quartal vergangenen Jahres ab; im ersten Halbjahr dieses

Jahres hat sich auch die Industrieproduktion stabilisiert. In Lettland, Litauen und Russland kam ein starkes Exportwachstum hinzu. Die günstige Entwicklung der Weltmarktpreise für Energieträger und Metalle führte zu einem kräftigen Anstieg der russischen Exporterlöse und damit zu einer Belebung der Wirtschaftsentwicklung. Während die Investitionen noch im vergangenen Jahr stagnierten, haben sie in den exportorientierten Industrien nunmehr deutlich zugenommen.

In den übrigen Ländern der Region verlief die wirtschaftliche Expansion zwar durchaus positiv, einige Länder werden jedoch den hohen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr nicht erreichen können. Zum einen deutet sich vereinzelt eine Abschwächung der binnenwirtschaftlichen

Nachfrage an, andererseits gehen von der Außenwirtschaft 2003 vielfach noch keine ausreichenden Wachstumsimpulse aus. Darauf deutet die bisherige wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr in Ungarn und Tschechien hin. In Ungarn wird sich der private Konsum aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr geringeren Lohnsteigerungen und der immer noch hartnäckigen Inflation schwächer entwickeln. Die Industrieproduktion stabilisierte sich zwar im ersten Halbjahr. In beiden Ländern waren die Investitionen hingegen sogar rückläufig. Auch die Exporte blieben – mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen in Tschechien – schwach. In der Slowakei und in Slowenien wird die wirtschaftliche Expansion von fiskalpolitischen Maßnahmen zur Budgetsanierung beeinträchtigt.

Für die Prognose des IWH ergibt sich aus dieser differenzierten Entwicklung für das Jahr 2003 eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in den Beitrittsländern von 3,1% im Vergleich zu 2,5% im Vorjahr (vgl. Tabelle).

Die Inflation ging in den meisten Ländern in den ersten Monaten des Jahres weiter zurück und erreichte äußerst niedrige Werte. Ausnahmen bilden die Slowakei und Lettland. Hier könnte es auch im weiteren Jahresverlauf zu einem weniger starken Rückgang des Preisauftriebs kommen, da die fiskalpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen der slowakischen Regierung sowie Anhebungen administrativer Preise in Lettland sich preistreibend auswirken werden.

2004: Aufschwung in der Weltwirtschaft und EU-Beitritte verstärken wirtschaftliche Belebung in Mittel- und Osteuropa

Die Konjunkturaussichten der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer für das Jahr 2004 bleiben angesichts der erwarteten Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds günstig. Die Nachfrage nach Gütern aus Mitteleuropa und dem Baltikum wird wieder stärker zunehmen und die wirtschaftliche Entwicklung dürfte dann noch dynamischer ausfallen als 2003. Anzeichen einer nachlassenden Binnennachfrage in den Ländern, insbesondere des privaten Konsums infolge geringerer Nominallohnsteigerungen, dürften durch die Impulse vom Außenhandel dann kompensiert werden.

Die Investitionen werden 2003 und 2004 ausgeweitet werden, insbesondere durch rege private Investitionsaktivitäten im Zusammenhang mit den geplanten EU-Beitritten, aber auch durch öffentlich finanzierte und von der EU geförderte Investitionsprogramme.³ Allein für die drei Bereiche Verkehrsinfrastruktur, Umweltschutz und Energiesektor beträgt der von der EU geschätzte minimale Umfang der notwendigen Modernisierungs- und Anpassungsinvestitionen in den Beitrittsländern ca. 280 Mrd. Euro in den nächsten 15 Jahren.⁴ Die jährlich anfallenden durchschnittlichen Investitionskosten betragen ca. 4% des Bruttoinlandsprodukts der Beitrittsländer von 2002, was selbst bei einem Fördersatz von ca. 75% durch die EU noch immer erhebliche Mittel zur Kofinanzierung in den Ländern erfordern würde. Da einer übermäßigen Ausweitung der öffentlichen Investitionsausgaben schon aus stabilitätspolitischen Gründen enge Grenzen gesetzt sind, ist die Beteiligung privater ausländischer Investoren, aber auch internationaler Finanzinstitutionen zur Umsetzung der Investitionsprogramme unerlässlich.

Vor diesem Hintergrund wird die Importnachfrage nach Investitionsgütern anwachsen. Die Handelsbilanzdefizite werden angesichts der im Vergleich zum Vorjahr stärker steigenden Exporte allerdings nicht ausufern. Die Entwicklung von Handels- und Dienstleistungsbilanz und die Schwankungen des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts bilden für einige Länder zwar nach wie vor einen Schwachpunkt, jedoch ist infolge des zu erwartenden weiterhin regen Zustroms an ausländischen Direktinvestitionen sowie der vielfach investiv verwendete Importe damit zu rechnen, dass die teilweise hohen Leistungsbilanzdefizite auf eine stabilere Finanzierungsgrundlage gestellt werden

³ Im Rahmen der Pre-Accession Assistance der EU-Kommission fließen Mittel vor allem in den Verwaltungsaufbau sowie Infrastruktur- und Umwelttechnikprojekte. Nach dem Beitritt haben die mittel- und osteuropäischen Neumitglieder Anspruch auf EU-Mittel, die sich für den Zeitraum 2004-2006 auf ca. 22 Mrd. Euro aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds belaufen. Das entspricht etwa 4% des geschätzten Bruttoinlandsprodukts der Länder für das Jahr 2006.

⁴ Vgl. Task-Force „Erweiterung“ des Europäischen Parlaments: Umweltpolitik und Erweiterung (Themenpapier Nr. 17); Energiepolitik und die Erweiterung der Union (Themenpapier Nr. 43); Verkehrspolitik und die Erweiterung der Union (Themenpapier Nr. 44), 1998-1999.

und somit von ihnen kaum Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen dürften.

Die Prognose des IWH geht für das Jahr 2004 von einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern von 3,8% aus.

Die durchschnittliche Inflation wird sich 2004 nur gering zurückbilden bzw. auf ihrem Niveau verharren. In den meisten Ländern werden Preis- auftriebstendenzen aufgrund von vielfach zum Jahresbeginn anstehenden Anhebungen administrativer Preise sowie Anpassungen der Verbrauchssteuern an die EU-Normen auftreten.⁵ Die Lage am

Arbeitsmarkt hat sich trotz erster Anzeichen für einen Beschäftigungsaufbau im Zuge erfolgreicher Privatisierung und Umstrukturierung in einigen Ländern (Rumänien, Bulgarien, baltische Länder) insgesamt noch nicht wesentlich verbessert. Erst allmählich ist mit einer weiteren Verringerung der Arbeitslosenquote zu rechnen. Sie wird in den Beitrittsländern voraussichtlich auch im nächsten Jahr noch bei durchschnittlich 13% liegen.

Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

IWH-Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen in Mittel- und Osteuropa: Weitere Entspannung – Problemfall Ungarn

Die aktuelle Analyse der Frühwarnindikatoren für Finanzkrisen des IWH signalisiert eine Fortsetzung der bisherigen Entspannung in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Als Ausnahme von dieser Entwicklung gilt immer noch Ungarn, wo entgegenwirkende wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht mehr hinausgeschoben werden dürfen. Hierzu zählen nicht nur fiskalische Maßnahmen zur Einschränkung der inländischen Nachfrage, sondern auch die Etablierung einer wirksamen Geldpolitik. Ein positives Beispiel ist Polen, wo das Gefahrenpotenzial einer Finanzkrise durch externe Faktoren, aber auch durch geldpolitische Maßnahmen erheblich gesenkt wurde. Doch eine fiskalische Restriktion muss auch hier noch erfolgen.

Weitere Abnahme des Risikopotenzials

Die vom IWH regelmäßig durchgeführte Untersuchung von makroökonomischen Indikatoren⁶ ver-

folgt das Ziel, wirtschaftliche Fehlentwicklungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern aufzudecken, die die Gefahr einer Finanzkrise nach sich ziehen können. Diese Untersuchung erfolgt durch Aufzeichnung von Warnsignalen für eine drohende Finanzkrise. Eine rechtzeitige Erkennung solcher Gefahrenpotenziale bietet der Wirtschaftspolitik die Möglichkeit, durch geeignete Maßnahmen eine Krise abzuwenden.

Die aktuelle Berechnung der Frühwarnindikatoren stützt sich auf Beobachtungen aus dem Zeitraum vom Oktober 2001 bis März 2003. In den letzten Monaten dieser Periode setzte sich die seit einem halben Jahr anhaltende Entspannungstendenz fort. Der Gesamtindikator zeigt für die meisten Länder eine Abnahme des Risikopotenzials. Dieses Ergebnis folgt aus der positiven Entwicklung bei dem Großteil der Indikatoren. Doch Rückschläge in einigen Bereichen zeigen, dass immer noch keine Entwarnung gegeben werden kann (siehe Tabelle 1). In Ungarn zeichnet sich insgesamt durch die weitere Anspannung der Situation ein immer dringlicher werdender wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf ab.

⁵ Einige Nationalbanken haben bereits ihr Inflationsziel für 2004 nach oben angepasst.

⁶ Zur Untersuchungsmethode vgl. BRÜGGEMANN, A.; LINNE, T.: Die Bestimmung des Risikopotenzials von Finanzkrisen anhand eines Frühwarnindikatorensystems. Eine Untersuchung der EU-Beitrittskandidatenländer und ausgewählter Staaten Mittel- und Osteuropas. IWH-Schriftenreihe, Band 13. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002. Vgl. auch BRÜGGEMANN, A.; LINNE, T.: Unter-

schiedliche Risikopotenziale für Währungsturbulenzen in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/1999, S. 8-12.

Tabelle 1:

Entwicklung der Risikoindikatoren für ausgewählte mittel- und osteuropäische Länder

	Kredit-/ Einlage- zins	Budget- defizit	Ex- porte	Im- porte	Realer Wechsel- kurs	Industrie- produk- tion	Inlän- dische Kredite/ BIP	Geld- menge/ Devisen- reserven	Geld- mengen- multi- plikator	Devi- sen- reser- ven	Kurzfr. Auslands- verschul- dung	Bank- ein- lagen
Ungarn	●	⊗	●		⊗	⊗		●	⊗	⊗		
Polen	●	●	⊗		⊗	⊗		⊗		⊗		
Slowakei	●	⊗	⊗		⊗	⊗	⊗	⊗			⊗	
Kroatien	●		⊗		⊗	⊗	●				⊗	
Tschechien	●	⊗	⊗		⊗	⊗		⊗	⊗			
Bulgarien	⊗			⊗		⊗	⊗	⊗	⊗		⊗	
Slowenien		⊗		●		⊗	⊗		⊗		⊗	
Rumänien	●	⊗		⊗		⊗			⊗			
Litauen	●			⊗		⊗	⊗	⊗				
Estland	●		⊗					⊗	⊗	⊗		
Lettland						⊗	⊗	●		⊗		

● = der Indikator sendete mehrere Signale während des Betrachtungszeitraumes (starkes Signal); ⊗ = der Indikator sendete eine geringe Anzahl von Signalen während des Betrachtungszeitraumes (schwaches Signal); – Kein Eintrag bedeutet, dass der Indikator während des Betrachtungszeitraumes kein Signal sendete.

Quellen: WIIW; IWF; Berechnungen des IWH.

Am Anfang 2003 können wir überall eine Verbesserung im fiskalischen Bereich beobachten. Die letzten Warnsignale leuchteten zum Ende des vergangenen Jahres auf. Diese werden in Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien sowie Ungarn noch einige Monate ein Risikopotenzial signalisieren.⁷

Auch die Exporte und die Industrieproduktion entwickelten sich am aktuellen Rand gut. Lediglich in Ungarn wurden noch im letzten Quartal Anzeichen einer Stagnation bzw. eines Rückgangs der Exporttätigkeit sichtbar. Dies geschah, obwohl sich die heimische Produktion beschleunigte und auch der Wechselkursindikator seit Januar 2003 keine weiteren Warnsignale mehr sendete. In der Slowakei zog das Exportwachstum trotz der starken realen Aufwertung der heimischen Währung an. In Slowenien erlitt die Industrieproduktion ei-

nen Einbruch und das Signal leuchtete im Januar 2003 auf.

Der Einbruch der estnischen Exporte im Januar 2002 führte zum erstmaligen Aufleuchten des entsprechenden Warnsignals, worauf bis August weitere Signale folgten.⁸ In den letzten sieben Monaten der Untersuchungsperiode zeigt sich jedoch auch hier eine Verbesserung. Insbesondere im letzten Quartal ergaben sich wieder positive Wachstumsraten.

Die Importe der meisten Länder Mittel- und Osteuropas nahmen weiterhin nur moderat zu. Kroatien und die Slowakei kehrten zu einer Entwicklung zurück, bei der der Indikator nicht mehr aufleuchtet. Im Gegensatz hierzu beschleunigte sich das Wachstum der Importe im ersten Quartal

⁷ Die Untersuchungsperiode erstreckt sich über 18 Monate. Es werden alle Warnsignale während dieses Zeitraums gezählt, wobei weiter zurückliegende Signale eine schwächere Auswirkung auf den Gesamtindikator haben, als aktuellere.

⁸ In Estland entwickelten sich die Exporte seit Anfang 2003 im Vergleich zu 2002 – wo die Wachstumsraten negativ ausfielen – wieder sehr gut. Dies führte zu einer Verschiebung der Sicht über die Exportentwicklung, ob diese normal oder krisenhaft ist, und machte sich darin bemerkbar, dass sich eine rechnerische Korrektur der bisherigen Ergebnisse und ein Aufleuchten des Warnsignals seit Januar 2002 festgestellt wurde.

2003 in Bulgarien, Litauen, Rumänien und Slowenien in einer Weise, dass der Indikator ein Warnsignal abgab.

Die Entwicklung der geld- und währungspolitischen Indikatoren verlief mehrheitlich positiv. So erfolgte eine Entspannung in diesem Bereich in Estland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Tschechien. In Bulgarien und Rumänien erscheint jedoch die Beschleunigung des Geldmengenwachstums problematisch. In Litauen und Kroatien löste die Ausweitung der inländischen Kredite auch im letzten Quartal noch Warnsignale aus. Kroatien weitete auch seine kurzfristige Auslandsverschuldung immer noch im starken Maße aus. In Lettland verschlechterte sich die Deckungsrate der inländischen Geldmenge durch die ausländische Komponente der Geldbasis in erster Linie wegen der Schrumpfung der Währungsreserven. Der Indikator leuchtete jedoch erst vier Monate später im März 2003 auf.

Problematisch erscheint weiterhin das relative Zinsdifferential⁹ in allen Ländern mit Ausnahme von Lettland und Slowenien. In Ungarn verstärkte sich das Signal auch nach der Zinssenkung im Januar 2003, obwohl sich das Verhältnis zwischen Kredit- und Einlagezins nach der Wiederanhebung des Zinsniveaus im Februar wieder mäßigte.¹⁰

Dringender wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf in Ungarn

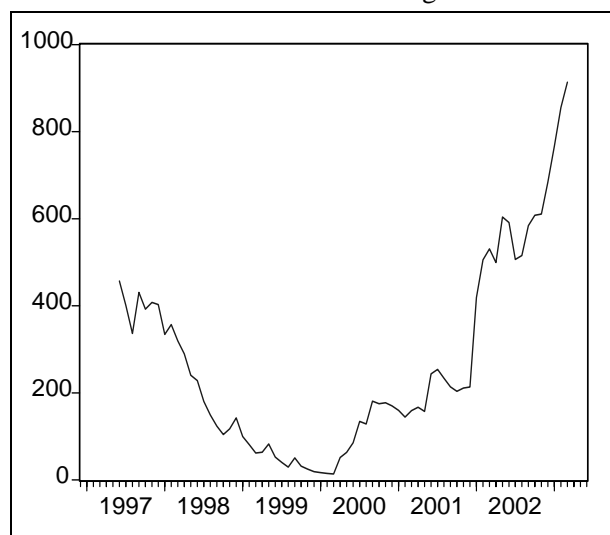
Seit dem zweiten Quartal 2000 beobachten wir einen nahezu stetigen Anstieg des Risikopotenzials in Ungarn (siehe Abbildung 1). Anfänglich waren dafür Probleme im Bankensystem verantwortlich. Diese Probleme wurden seither gelöst, und das ungarische Bankensystem wird durch den IWF als gesundes System charakterisiert. Lediglich die Zunahme der privaten Kredite, insbesondere die Immobilienkredite an private Haushalte, die durch unhaltbare Zinssubventionen gefördert werden, können eine Gefahrenquelle darstellen.

⁹ Kreditzins / Einlagezins.

¹⁰ Bei Veränderungen des Leitzinses ist immer eine entsprechende Veränderung der Einlage- und Kreditzinsen zu beobachten, wobei sich die Einlagezinsen nach oben und die Kreditzinsen nach unten erst zögerlich anpassen.

Seit 2001 traten zunehmend realwirtschaftliche Gründe auf, die eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums verursachten. Offensichtlich war dies eine Folge der verschlechterten Bedingungen für die Industrieproduktion durch über die Produktivitätsentwicklung hinaus steigende Reallöhne. Die Exporte stagnierten bzw. nahmen ab. Eine Ursache war der ausbleibende Aufschwung in der EU. Hinzu kamen die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit durch die anhaltende nominale Aufwertung und der Reallohnanstieg. Seit dem vierten Quartal 2001 verschlechtert sich die Leistungsbilanz. Zudem erfolgt auch in der Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits eine Verschiebung zu Verschuldung und Abnahme von Währungsreserven. Die Direktinvestitionen sind rückläufig.

Abbildung 1:
Verlauf des Risikoindicators in Ungarn



Anmerkung: Ein Anstieg des Indicators bedeutet eine Erhöhung des Risikopotenzials für eine Finanzkrise. Der Indikator ist normalisiert, wobei 1999:1 = 100 ist.

Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

Die Wachstumsraten bei der Industrieproduktion wurden erst im ersten Quartal 2003 wieder positiv. Gleichzeitig zu den negativen Entwicklungen zeigte sich auch eine Umstrukturierung in Richtung moderner Technologieprodukte und anderer Produkte sowie Dienstleistungen mit hohem Wertschöpfungsanteil. Während arbeitsintensive Produktion in fernöstliche Billiglohnländer verlagert wurde, planen mehrere multinationale Firmen die Verlagerung von regionalen Dienstleistungs- sowie

Forschungs- und Entwicklungszentren nach Ungarn. Analog entwickelten sich die Ausfuhren moderner Technologiegüter dynamisch.

Diese positiven Merkmale dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass kurzfristig weitere wirtschaftspolitische Anstrengungen notwendig sind,

Kasten:

Die verwendeten Variablen im Signalansatz^a

Fiskalpolitik

Budgetdefizit (+):

Das an dem Bruttoinlandsprodukt gemessene Budgetdefizit steigt vor dem Ausbruch einer Währungskrise an.

Geldpolitik

Geldmengmultiplikator (+):

Der Indikator steigt oftmals im Zuge einer Liberalisierung des Bankensektors an. Die Finanzmarktliberalisierungen erhöhen das Risiko für Währungsrisiken.

Inländische Kredite/BIP (+):

Der Indikator steigt vor Ausbruch einer Bankenkrise deutlich an. Dies wird durch die Liberalisierung des Bankensektors ermöglicht.

Bankensektor

Bankeinlagen (-):

Das Misstrauen der privaten Einleger gegenüber der Stabilität des Bankensektors äußert sich typischerweise in einem Abzug der Einlagen bereits vor Ausbruch einer Bankenkrise.

Leistungsbilanz

Realer Wechselkurs (-):

Vor dem Ausbruch von Währungs- und Bankenrisiken ist der reale Wechselkurs relativ zum Trend überbewertet. Dies wirkt sich negativ auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Unternehmen aus.

Exporte (-):

Im Vorfeld von Währungsrisiken ist mit deutlich rückläufigen Exportwachstumsraten wegen der realen Überbewertung der heimischen Währung zu rechnen.

Importe (+):

Die reale Überbewertung der heimischen Währung begünstigt die Importe.

Kapitalbilanz

Devisenreserven (-):

Die Devisenreserven nehmen vor einer Finanzkrise durch Interventionen der Zentralbank zur Stützung der heimischen Währung deutlich ab.

Geldmenge/Devisenreserven (+):

Der Indikator zeigt einen deutlichen Anstieg im Vorfeld von Finanzrisiken.

Kurzfristige Auslandsverschuldung (+):

Der Anstieg der kurzfristigen Auslandsverschuldung kann auf zunehmende Probleme des Landes, längerfristige Kredite aufgrund eines gestiegenen Risikos zu erhalten, zurückgeführt werden.

Binnenwirtschaftliche Indikatoren

Industrieproduktion (-):

Eine Abschwächung des Wachstums der Industrieproduktion begünstigt in der Tendenz den Ausbruch von Währungsrisiken.

Kredit-/Einlagezinsen (+):

Typischerweise steigt das Verhältnis von Kredit- und Einlagezinsen im Vorfeld von Bankenrisiken an, weil die Banken auf eine Zunahme der Kreditrisiken mit einer Anhebung der Kreditzinsen reagieren.

^a Eine ausführlichere Beschreibung der Indikatoren findet sich in Brüggemann, A.; Linne, T.: Die Bestimmung des Risikopotenzials von Finanzrisiken anhand eines Frühwarnindikatorensystems, a. a. O., S. 25-26.

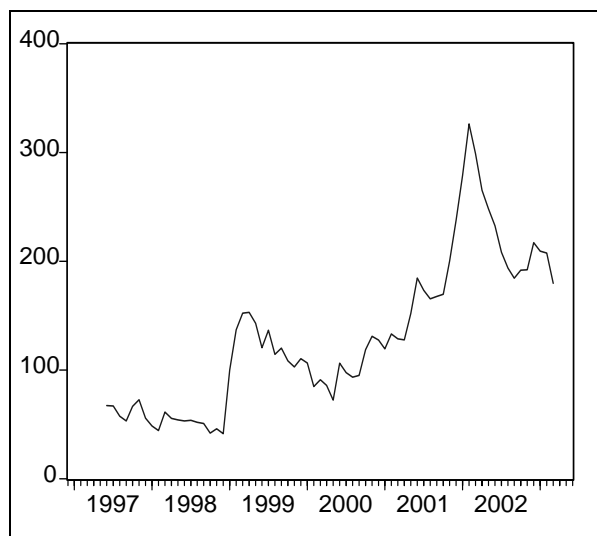
um das Risiko einer Finanzkrise zu vermindern. Das Budgetdefizit ist immer noch hoch, wenngleich der Höchststand vom Ende 2002 nicht mehr erreicht werden dürfte, da einige einmalige Ausgaben dafür verantwortlich waren. Die für 2003 geplanten Einsparungen betreffen auch die Senkung der staatlichen Investitionen. Eine dauerhafte Senkung der laufenden Ausgaben wie Subventionen, Sozial- und Gesundheitsausgaben werden wahrscheinlich unvermeidbar sein.

Die laxen Fiskalpolitik, gepaart mit einem starken Reallohnanstieg erschwert zunehmend die Durchsetzung einer angemessenen geldpolitischen Strategie. Der Indikator der Geldschöpfung leuchtete im Januar 2003 wieder auf. Dies reflektiert auch die Anfälligkeit der ungarischen Geldpolitik gegenüber Veränderungen auf dem Devisenmarkt. Sie litt zunehmend auch unter Währungsspekulationen. Diese zwangen die Ungarische Nationalbank zu massiven Interventionen, um eine Aufwertung außerhalb des Wechselkursbandes zu verhindern. Insgesamt kaufte sie 5,3 Mrd. Euro auf. Damit erhöhte sich die inländische Geldmenge. Die Leitzinssenkungen um insgesamt 2 Prozentpunkte, die den Zufluss vom ausländischen Kapital aufhalten sollten, erhöhten das Geldangebot zusätzlich. Nach erfolgreicher Abwehr des spekulativen Angriffs im Januar 2003 versuchte die ungarische Zentralbank die Senkung der Geldmenge durch den sukzessiven Verkauf von Euro und hielt damit den nominalen Wechselkurs nah an dem unteren Band. Diese Praxis wurde im Juni beendet und die Zentralparität nach oben (von 276,19 auf 282,36 Forint pro Euro) verschoben. Der nominale Wechselkurs gegenüber den Euro wertete bis Ende Juli um etwa 6% ab. Die Zentralbank korrigierte sodann ihr Inflationsziel auch nach oben.

Monetäre Anpassung reduziert Krisenpotenzial in Polen

Der Gesamtindikator in Polen erreichte seinen Höhepunkt im Februar 2002 (siehe Abbildung 2). Damals spitzte sich die Lage in erster Linie wegen der Stagnation von Industrieproduktion und von Exporten zu. Zudem erfolgten eine starke reale Aufwertung der Währung und eine Ausweitung des relativen Zinsdifferentials. Letzteres war das

Abbildung 2:
Verlauf des Risikoindikators in Polen



Anmerkung: Ein Anstieg des Indikators bedeutet eine Erhöhung des Risikopotentials für eine Finanzkrise. Der Indikator ist normalisiert, wobei 1999:1 = 100 ist.

Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

Ergebnis eines seit 1997 anhaltenden Anstiegs der notleidenden Kredite im polnischen Bankensystem.¹¹ Die Staatsfinanzen, die auch eine besonders wichtige Größe für die Beurteilung der Stabilität und der Kreditwürdigkeit eines Landes darstellen, sind ebenfalls aus dem Ruder gelaufen.

Seitdem ist die Entwicklung durch eine langsame Entspannung geprägt. Sie ist einer allmählichen Beschleunigung sowohl des Produktions- wie auch des Exportwachstums zu verdanken. Gleichzeitig aber zeigten sich auch Verbesserungen im geld- und währungspolitischen Bereich: Das Geldmengenwachstum schwächte sich ab und sendete kein Warnsignal mehr seit Mitte 2001, sodass die Deckungsrate der inländischen Geldmenge durch die ausländische Komponente der Geldbasis auch verbessert werden konnte. Seit Mai 2002 ergab sich eine nominale Abwertung des Zloty um ca. 20% gegenüber den Euro. Eine strenge, auf die innere Geldwertstabilität gerichtete Politik der polnischen Nationalbank, die in der Verringerung des Geldmengenmultiplikators zum Ausdruck kam, verhinderte jedoch eine Beschleunigung des Preisauftriebs. Dadurch konnte auch

¹¹ Vgl. GNÖTH, W.: Zur Stabilität der Bankensysteme in der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 11/2003, S. 314-319.

das Problem der langanhaltenden realen Aufwertung gemildert werden. Zudem entspannte sich die Situation bei den Bankeinlagen, woraus man auf ein wachsendes Vertrauen der polnischen Bürger in der heimischen Währung und im Bankensystem schließen kann.

Als hartnäckiges Problem erweist sich jedoch die Lage der Staatsfinanzen. Seit Mitte 2002 versucht das Finanzministerium, Konsolidierungsvor-

schläge durchzusetzen, die aber durch das Sozialministerium blockiert werden. Am aktuellen Rand zeichnet sich zwar eine leichte Verbesserung ab. Dennoch ist die Fiskalposition weiterhin ungünstig. Ebenso deutet die Ausweitung des relativen Zinsdifferentials zunehmend auf ernsthafte Probleme im Bankensektor.

Ibolya.Mile@iwh-halle.de

Unternehmensbezogene Dienstleistungen in Ostdeutschland – eine Auswertung der Dienstleistungsstatistik

Der Dienstleistungsbereich war im Vergleich zu den meisten anderen Wirtschaftsbereichen bis vor kurzem durch die amtliche Statistik erheblich unterbelichtet. Dadurch waren auch die Voraussetzungen für Analysen begrenzt. Mit der Einführung der Dienstleistungsstatistik haben sich die Bedingungen dafür verbessert. Das gilt insbesondere für die unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Erstmals durchgeführt wurde die Erhebung für das Jahr 2000. In diesem Beitrag werden erste Untersuchungsergebnisse für die neuen Bundesländer vorgestellt.

Aus der Erhebung geht u. a. hervor, dass die Unternehmen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, die in Ostdeutschland ihren Hauptsitz haben, im Durchschnitt rund neun Beschäftigte aufweisen. Damit sind sie, von der Personenzahl her betrachtet, geringfügig kleiner als die Unternehmen in Westdeutschland. Ihr durchschnittlicher Umsatz belief sich auf rund 380 000 Euro, was etwa 40% des durchschnittlichen Umsatzes ist, den die Unternehmen in Westdeutschland erzielen.

In der Arbeitsproduktivität erreichten die Unternehmen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen in Ostdeutschland im Jahr 2000 einen Wert, der etwas mehr als der Hälfte des durchschnittlichen Produktivitätsniveaus in Westdeutschland entspricht. Ein Hauptgrund dafür besteht offenbar darin, dass die Unternehmen in Ostdeutschland niedrigere Erlöse wegen der deutlich geringeren Größe der Unternehmen erzielen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen.

Darüber hinaus kommen aber noch weitere Faktoren in Frage, die im Folgenden diskutiert werden.

Der Dienstleistungsbereich zählte – trotz seiner enorm gestiegenen Bedeutung – zu den Wirtschaftsbereichen in Deutschland, die am wenigsten durch die amtliche Statistik aufgehellert worden sind. Dies schränkte auch die Untersuchung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen erheblich ein. Erst die Einführung der Dienstleistungsstatistik schafft Voraussetzungen, die unternehmensbezogenen Dienstleistungen tiefer zu analysieren.

Die Dienstleistungsstatistik wird nach dem entsprechenden Gesetz jährlich durchgeführt.¹² Grundlage ist eine Stichprobe bei höchstens 15% aller Erhebungseinheiten. Darauf werden die Ergebnisse hochgerechnet. Die erste Erhebung wurde im vergangenen Jahr von den Statistischen Landesämtern für das Jahr 2000 durchgeführt. Ein Mangel dieser Erhebung war (noch), dass die Unternehmen nicht aus dem Stand des Unternehmensregisters von 2000, sondern aus Dateien von 1997/1998 ausgewählt wurden.¹³ Dadurch kam es zu einem unscharfen Abbild der im Jahr 2000 aktiv tätigen Unternehmen. Bundesergebnisse der ersten Dienst-

¹² Vgl. Gesetz zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik und zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften, in: BGBl., Teil I, Nr. 56/2000. Das Gesetz wurde im Dezember 2000 beschlossen.

¹³ Vom Statistischen Bundesamt wird dies mit dem Stand des Aufbaus des Unternehmensregisters begründet.

leistungsstatistik wurden im Spätsommer 2002 durch das Statistische Bundesamt veröffentlicht.¹⁴

Im Rahmen dieses Beitrages sollen erste Ergebnisse für die neuen Bundesländer (Flächenländer) auf der Grundlage der Angaben der entsprechenden Statistischen Landesämter präsentiert werden.¹⁵ Vergleichsangaben für Westdeutschland (einschließlich Berlin) wurden durch Differenzbildung ermittelt.

Untersucht werden die unternehmensbezogenen Dienstleistungen im „engeren“ Sinn (vgl. Kasten). Leistungen des Kredit- und Versicherungsgewerbes, des Verkehrsgewerbes und der Nachrichtenübermittlung werden hier ausgeklammert, weil die Unternehmen dieser Bereiche in zum Teil erheblichem Umfang auch Leistungen für private Haushalte erbringen und eine Trennung der Leistungen häufig schwierig ist.

Bevor auf einzelne Ergebnisse eingegangen wird, soll ein knapper Abriss der Entwicklung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen in Ostdeutschland anhand von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) vorangestellt werden.

Kräftige Entwicklung unternehmensbezogener Dienste in Ostdeutschland

In Ostdeutschland hat der strukturelle Wandel zu einer stärkeren Inanspruchnahme unternehmensbezogener Dienste über den Markt mit dem Übergang zur Marktwirtschaft im Jahr 1990 eingesetzt. Er hat sich ähnlich wie in Westdeutschland, nur in einem viel kürzeren Zeitraum, vollzogen. Die unternehmerische Basis wurde einmal dadurch geschaffen, dass zahlreiche Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Privatisierung bzw. Reprivatisierung der Unternehmen aus den Unternehmen ausgegliedert wurden.¹⁶ Zum anderen erfolgte eine

¹⁴ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Dienstleistungen in Deutschland. Ergebnisse der neuen Statistik – Jahr 2000. Wiesbaden 2002.

¹⁵ Das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt hatte sich dankenswerterweise bereit erklärt, die Datenbereitstellung zu koordinieren.

¹⁶ Dies geschah zumeist in Verbindung mit der Entflechtung der ehemals großen Kombinate in wirtschaftlich kleinere Einheiten. Ausgegliedert wurden u. a. Ingenieurbüros, FuE-

Kasten:

Unternehmensbezogene Dienstleistungen im „engeren“ Sinn:

- Datenverarbeitung und Datenbanken, darunter:
Softwareberatung und -entwicklung
- Forschung und Entwicklung
- Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung; Markt- und Meinungsforschung; Beteiligungsgesellschaften
- Werbung
- Architektur- und Ingenieurbüros einschließlich Vermessungsbüros
- Technische, physikalische und chemische Untersuchung und Beratung
- Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
- Detekteien und Schutzdienste
- Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln
- Vermietung beweglicher Sachen wie Kraftwagen, weitere Verkehrsmittel, Maschinen und Geräte
- Sonstige Leistungen wie Abfüll- und Verpackungsgewerbe, Auskunfteien, Inkassobüros, Vermögensberatung und -verwaltung, Ausstellungs-, Messe- und Warenmarkteinrichtungen u. a.

erhebliche Zahl von Neugründungen, zum Teil auch durch westdeutsche Unternehmen bzw. die Errichtung von Niederlassungen dieser Unternehmen.

Die reale Bruttowertschöpfung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (einschließlich Grundstücks- und Wohnungswesen) in Ostdeutschland erhöhte sich von rund 19 Mrd. Euro im Jahr 1991 auf rund 43 Mrd. Euro im Jahr 2000.¹⁷ Der

Abteilungen, aber auch Reinigungsdienste und Schutzdienste (Bewachungspersonal).

¹⁷ Aktuellere amtliche Daten zu diesem Bereich liegen derzeit nicht vor.

jahresdurchschnittliche Zuwachs belief sich damit auf 9,5%; das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm im gleichen Zeitraum um 4,9% im Jahresdurchschnitt zu. Wie das Wachstum des BIP hat allerdings auch der Zuwachs der Bruttowertschöpfung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen seit Mitte der 90er Jahre erheblich nachgelassen. Der gesamtwirtschaftliche Stellenwert der unternehmensbezogenen Dienstleistungen ist dennoch – über den Gesamtzeitraum betrachtet – beträchtlich gewachsen; ablesbar u. a. daran, dass ihr Anteil am BIP, in jeweiligen Preisen gemessen, von rund 7% (1991) auf rund 20% (2000) zugenommen hat. Damit war er rund vier Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland.

Wesentlich umfassendere Aussagen zum Stand und Niveau der unternehmensbezogenen Dienstleistungen in Ostdeutschland können anhand der Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik getroffen werden.

Deutlich geringere Umsätze bei ähnlicher Personalstärke wie in Westdeutschland

Bei der Einschätzung und Bewertung der folgenden Resultate ist zu berücksichtigen, dass die regionale Zuordnung der Unternehmen nach dem Unternehmenssitz erfolgt. Das bedeutet konkret, dass hier Aussagen über die in den neuen Ländern ansässigen *Unternehmen* der unternehmensbezogenen Dienstleistungen und nicht über die in den neuen Ländern erbrachten unternehmensbezogenen Dienste getroffen werden. Da ein Teil der in Ostdeutschland erbrachten Dienste (Rechtsberatung, Unternehmensberatung, Steuerberatung u. a.) auf Betriebe entfällt, die Unternehmen in Westdeutschland angehören, werden die Ergebnisse niedriger als in der VGR ausgewiesen.

Unter diesem Blickwinkel stellt sich der Stand der unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen in Ostdeutschland (ohne Berlin) im Jahr 2000 zusammengefasst wie in Tabelle 1 dar.

Aus den Zahlen ergibt sich, dass die Unternehmen im Durchschnitt knapp neun Mitarbeiter beschäftigten. Damit sind sie nur geringfügig kleiner als die Unternehmen in Westdeutschland (10,4 Beschäftigte pro Unternehmen). Ihr durchschnittlicher Umsatz betrug rund 380 000 Euro, was rund

40% der Umsatzgröße ist, die die Unternehmen in Westdeutschland im Schnitt erzielten (952 000 Euro).

Deutlich größer sind die Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als einer viertel Million Euro. Sie haben im Schnitt rund 23 Beschäftigte und erlösten im Durchschnitt einen Umsatz von knapp 1,1 Mio. Euro. Der im Ausland erzielte Anteil am Gesamtumsatz belief sich bei ihnen auf 1,2%.¹⁸ Zum Vergleich: Die Unternehmen in Westdeutschland erreichten einen Auslandsumsatzanteil von 4,8%, sind also vergleichsweise etwas stärker auf ausländische Märkte orientiert.

Die mit der Dienstleistungsstatistik erhobenen Primärdaten (Umsatz, Sachaufwendungen) ermöglichen zum ersten Mal, über die Produktivität der Unternehmen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, gemessen an der Bruttowertschöpfung je Beschäftigten, nach den einzelnen Leistungsarten Angaben zu machen. Die Ergebnisse werden im Folgenden dargestellt. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die Produktivitätsgrößen Unterschiede in der zeitlichen Dimension, bedingt z. B. durch Teilzeitarbeit, nicht berücksichtigen.

Niedrigere Arbeitsproduktivität spiegelt spezifische Bedingungen in Ostdeutschland wider

Nach den erhobenen Daten erzielten die Unternehmen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen in Ostdeutschland (ohne Berlin) im Jahr 2000 im Durchschnitt eine Arbeitsproduktivität von 28 500 Euro pro Beschäftigten (vgl. Tabelle 2).

Die Produktivitätswerte in den einzelnen Leistungssparten streuen erheblich. Ins Auge fällt die fast doppelt so hohe Produktivität bei der Vermietung beweglicher Sachen (Maschinen, Fahrzeuge, Geräte u. a.) im Vergleich zum durchschnittlichen Produktivitätsniveau. Deutlich über dem Durchschnitt liegt sie außerdem in humankapitalintensiven Branchen wie in der Datenverarbeitung und in den Datenbanken, in der Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung¹⁹ sowie in den Architektur-

¹⁸ Entsprechend differenziert ausgestalteten Berichtsumfang brauchen nur die Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 250 000 Euro darüber zu informieren.

¹⁹ Mit in dieser Position subsumiert sind die Markt- und Meinungsforschung sowie die Beteiligungsgesellschaften.

Tabelle 1:

Eckdaten der Unternehmen unternehmensbezogener Dienstleistungen^a in Ostdeutschland^b im Jahr 2000

Unternehmensgröße/Indikator	Mengeneinheit		Deutschland = 100
Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 16 620 Euro:			
Unternehmen	Anzahl	28 993	10,6
Beschäftigte am 30.09.	1 000	249,6	8,9
Umsatz	Mio. Euro	11 023,0	4,5
Gesamtaufwendungen in Relation zum Umsatz	%	75,5	104,6 ^c
Darunter: Personalaufwendungen in Relation zum Umsatz	%	40,0	137,9 ^c
Darunter: Unternehmen mit einem Umsatz von 250 000 Euro und mehr:			
Unternehmen	Anzahl	8 380	9,9
Beschäftigte am 30.09.	1 000	195,0	8,2
Umsatz	Mio. Euro	9 032,5	4,0
Gesamtaufwendungen in Relation zum Umsatz	%	78,8	106,9 ^c
Darunter: Personalaufwendungen in Relation zum Umsatz	%	42,3	143,0 ^c

^a Hierunter sind zusammengefasst: Vermietungen beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. – ^b Ohne Berlin. – ^c Westdeutschland (einschließlich Berlin) = 100.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter der neuen Länder; Berechnungen des IWH.

und Ingenieurbüros. Weit unter dem Durchschnitt hingegen ist die Produktivität in den Reinigungsunternehmen, Detekteien und Schutzdiensten sowie in der Werbung. Ein ähnliches Produktivitätsmuster ist auch für die Unternehmen in Westdeutschland festzustellen. Dort hebt sich die Produktivität in der Vermietung beweglicher Sachen sogar noch deutlicher vom durchschnittlichen Produktivitätsniveau ab.

Im Vergleich zu Westdeutschland war das durchschnittliche Produktivitätsniveau der Unternehmen in Ostdeutschland (ohne Berlin) im Jahr 2000 um rund 45% niedriger.²⁰ Ein wichtiger Grund dafür dürfte darin bestehen, dass die Erlöse für humankapitalintensive Leistungen wie die der Steuerberater, Unternehmensberater und Wirt-

schaftsprüfer häufig an Bezugsgrößen (Umsätze, Bilanzsummen) der Unternehmen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen, geknüpft sind. Die Umsätze bzw. Bilanzsummen sind aber in Ostdeutschland wegen der deutlich geringeren Unternehmensgrößen²¹ niedriger. Damit sind auch die Erlöse der Anbieter unternehmensbezogener Leistungen niedriger, während die Leistungserstellung häufig einen gleichen oder einen ähnlich großen Input wie bei großen Unternehmen erfordert.

Ein weiterer Grund für den Produktivitätsunterschied ist die geringere Ertragskraft der Unternehmen, die unternehmensbezogene Leistungen beziehen, in den neuen Ländern gegenüber denen in

²⁰ Nach Berechnungen, die auf VGR-Daten fußen, belief sich der Produktivitätsabstand, jeweilige Preise zugrunde gelegt, im Jahr 2000 auf rund 31%. Auf Gründe, die die Abweichung erklären, wurde im Text eingegangen. In den VGR-Daten ist außerdem das Grundstücks- und Wohnungswesen enthalten.

²¹ So betrug der durchschnittliche Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (20 Beschäftigte und mehr) 2002 lediglich rund 43% des durchschnittlichen Umsatzniveaus der Betriebe in Westdeutschland. Der Besatz mit großen Betrieben (500 und mehr Beschäftigte) ist im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe rund 16 mal höher als im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe.

Tabelle 2:

Arbeitsproduktivität^a der Unternehmen unternehmensbezogener Dienstleistungen^b in Ostdeutschland^c im Jahr 2000

			Nachrichtlich: Westdeutschland		West- deutsch- land = 100
	absolut	Durch- schnitt = 100	absolut	Durch- schnitt = 100	
	Euro	in %	Euro	in %	in %
Insgesamt	28 502	100,0	51 932	100,0	54,9
davon:					
Vermietung beweglicher Sachen	52 650	184,7	180 654	347,9	29,1
Datenverarbeitung und Datenbanken	49 229	172,7	75 953	146,3	64,8
darunter:					
Hardwareberatung	35 227	123,6	55 663	107,2	63,3
Softwarehäuser	38 339	134,5	76 698	147,7	50,0
Forschung und Entwicklung ^d	21 604	75,8	25 878	49,8	83,5
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	27 001	94,7	45 515	87,6	59,3
davon:					
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung ^e	41 672	146,2	85 516	164,7	48,7
Architektur- und Ingenieurbüros	38 275	134,3	51 194	98,6	72,0
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	36 556	128,3	58 423	112,5	62,6
Werbung	17 072	59,9	35 023	67,4	48,7
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	18 542	65,1	25 916	49,9	71,5
Detekteien und Schutzdienste	16 131	56,6	18 742	36,1	86,1
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	13 098	46,0	12 253	23,6	106,9
Sonstige Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	29 375	103,1	43 609	84,0	67,4

^a Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten. – ^b Unternehmen und Einrichtungen mit einem Umsatz von mehr als 16 620 Euro. – ^c Ohne Berlin. – ^d Einschließlich FuE in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie in Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften. – ^e Einschließlich Markt- und Meinungsforschung sowie Beteiligungsgesellschaften.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter der neuen Länder; Berechnungen des IWH.

den alten Ländern.²² Dadurch sind die durchsetzbaren Gebühren z. B. für die Buchführung

²² Die Ertragslage hat sich zweifellos verbessert, dennoch dürften Unterschiede zu Unternehmen in Westdeutschland fortbestehen. Vgl. dazu u. a. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 19. Bericht, in: IWH-Forschungsreihe 5/1999, S. 130-141 und DIW; IAB; IfW; IWH; ZEW: Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, in: IWH-Sonderheft 3/2002, S. 223-230. Forschungsergeb-

nach Auskunft ostdeutscher Steuerberatungskammern vergleichsweise geringer. Für einzelne Berufsgruppen gilt auch noch nicht das gleiche administrativ festgesetzte Gebührenniveau wie in Westdeutschland.²³ Hinzu kommt, dass für Leistungen, die erheblich arbeitsintensiv sind (Detekteien und

nisse mit einem Ost-West-Vergleich für den Zeitraum nach 2000 liegen nicht vor.

²³ So besteht beispielsweise für Rechtsanwälte und Notare ein Gebührenabschlag von 10% bis Ende 2003.

Tabelle 3:

Beschäftigte und Beschäftigungsstruktur der Unternehmen unternehmensbezogener Dienstleistungen^a in Ostdeutschland^b im Jahr 2000

	Beschäftigte	Beschäftigungsstruktur	
	am 30.09.		<i>Nachrichtlich:</i> Westdeutschland
	1 000	in %	
Insgesamt	249,6	100,0	100,0
davon:			
Vermietung beweglicher Sachen	5,6	2,3	2,6
Datenverarbeitung und Datenbanken	12,0	4,8	10,6
darunter:			
Hardwareberatung	0,8	0,3	0,5
Softwarehäuser	5,4	2,1	6,6
Forschung und Entwicklung ^c	6,7	2,7	1,9
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	225,3	90,3	84,8
davon:			
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung ^d	44,1	17,7	23,6
Architektur- und Ingenieurbüros	54,3	21,8	12,0
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	4,6	1,8	2,2
Werbung	11,8	4,7	5,9
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	15,4	6,2	7,8
Detekteien und Schutzdienste	16,9	6,8	3,6
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	65,0	26,0	22,2
Sonstige Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	13,2	5,3	7,6

^a Unternehmen und Einrichtungen mit einem Umsatz von mehr als 16 620 Euro. – ^b Ohne Berlin. – ^c Einschließlich FuE in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie in Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften. – ^d Einschließlich Markt- und Meinungsforschung sowie Beteiligungsgesellschaften. Abweichungen durch Rundungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter der neuen Länder; Berechnungen des IWH.

Schutzdienste u. a.), die Löhne den entscheidenden Faktor für die Preisfestsetzung bilden. Die Löhne bzw. Gehälter der unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen in Ostdeutschland liegen (aber) im Schnitt ein Drittel unter dem Niveau in Westdeutschland.

Die Produktivitätsunterschiede gegenüber Westdeutschland sind zudem durch Unterschiede in der Branchenstruktur, gemessen an der Beschäftigtenzahl, zu erklären. Der Blick auf die entsprechenden Tabellen zeigt, dass in Ostdeutschland vor allem

jene Leistungen schwächer vertreten sind, in denen die höchsten Produktivitäten realisiert werden wie etwa die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, die Datenverarbeitung und Datenbanken und die Vermietungen beweglicher Sachen (vgl. Tabelle 3 in Verbindung mit Tabelle 2). Vergleichsweise stark vertreten sind in den neuen Ländern hingegen Dienstleistungssparten, die eine sehr niedrige Produktivität aufweisen wie Reinigungsdienste sowie Detekteien und Schutzdienste. Berechnungen ergaben, dass die Produktivität in Ost-

Tabelle 4:

Veränderung der Beschäftigtenzahl^a und Beschäftigtendichte in unternehmensbezogenen Dienstleistungen Ostdeutschlands^b

	Veränderung der Beschäftigtenzahl 1998-2002 ^c		SV-pflichtig Beschäftigte je 10 000 Einwohner 2002	
		Nachr.: West- deutschland		West- deutschland = 100
	in %		Anzahl	in %
Insgesamt	10,7	33,1	288,1	79,6
davon:				
Vermietung beweglicher Sachen	-5,9	21,9	7,3	90,9
Datenverarbeitung und Datenbanken	73,2	66,8	21,8	43,4
darunter:				
Hardwareberatung	30,4	25,7	0,7	42,9
Softwarehäuser	85,0	74,9	13,1	36,9
Forschung und Entwicklung ^d	15,6	8,2	18,1	104,8
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	7,5	30,6	240,9	84,2
davon:				
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung ^e	10,9	29,2	49,1	50,8
Architektur- und Ingenieurbüros	-20,4	7,7	44,3	107,9
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	-2,0	9,6	6,0	87,9
Werbung	47,2	46,6	7,9	50,0
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	28,7	28,4	33,3	85,3
Detekteien und Schutzdienste	0,0	38,3	19,1	141,1
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	-4,7	49,4	50,6	107,2
Sonstige Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	108,3	50,1	30,7	117,2

^a Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. – ^b Ohne Berlin. – ^c Jeweils Ende Juni. – ^d Einschließlich FuE in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie in Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften. – ^e Einschließlich Markt- und Meinungsforschung sowie Beteiligungsgesellschaften.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

deutschland unter Zugrundelegung der westdeutschen Beschäftigungsstruktur rund drei Prozentpunkte höher ausfallen, also rund 58% des Niveaus in Westdeutschland betragen würde.

Auch die Aufwands-/Umsatzrelationen, die eine Beurteilung der Effizienz der unternehmensbezogenen Dienstleistungen erlauben, sind in der Mehrzahl der unternehmensbezogenen Dienstleistungen ungünstiger als in Westdeutschland (zur Durchschnittsrelation vgl. Tabelle 1). Dies dürfte

zunächst auf den gleichen Gründen beruhen, die die Produktivitätsunterschiede bedingen. Eine weitere Ursache dürfte die insgesamt höhere Arbeitsintensität der unternehmensbezogenen Dienstleistungen in Ostdeutschland gegenüber der in Westdeutschland sein. So wird pro Umsatzeinheit in Ostdeutschland eine etwa doppelt so große Zahl an Beschäftigten eingesetzt wie in Westdeutschland. Das hat zur Konsequenz, dass die Personalaufwendungen in Ostdeutschland 53% und in

Westdeutschland 40% der Gesamtaufwendungen ausmachen.

Strukturunterschiede gegenüber Westdeutschland nur teilweise vermindert

Von Interesse ist, ob sich die dargestellten Unterschiede in der Beschäftigungsstruktur, die teilweise bereits in früheren Untersuchungen festgestellt wurden,²⁴ in den letzten Jahren verstärkt oder abgebaut haben. Darauf kann zwar die erstmalig vorliegende Dienstleistungsstatistik keine Antwort geben. Gewisse Tendenzen lassen sich jedoch aus einer zusätzlichen Quelle, der Beschäftigtenstatistik, die von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg veröffentlicht wird, ableiten.

Nach diesen Daten haben sich im Zeitraum von Mitte 1998 bis Mitte 2002 einige der im Vergleich zu Westdeutschland weniger stark ausgeprägten Branchen (Sonstige Dienstleistungen sowie die Datenverarbeitung und Datenbanken) zum Teil erheblich kräftiger und die stärker ausgeprägten Branchen (Architektur- und Ingenieurbüros, Reinigungsdienste sowie Detekteien und Schutzdienste) deutlich schwächer als dort entwickelt (vgl. Tabelle 4). Daraus kann geschlussfolgert werden, dass sich die Strukturunterschiede etwas verringert haben. Ein Vergleich, bei dem die Einwohnerzahlen als Vergleichsmaßstab zugrunde gelegt werden, zeigt, dass sie dennoch teilweise beträchtlich sind. So sind in der Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung sowie in der Werbung anteilig lediglich rund die Hälfte des Personals wie in Westdeutschland beschäftigt; in der Datenverarbeitung und den Datenbanken sind es sogar noch weniger. Umgekehrt gibt es in Ostdeutschland anteilig deutlich mehr Beschäftigte in Detekteien und Schutzdiensten sowie in sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen.²⁵ Insgesamt belief sich die Zahl der sozialversicherungspflicht-

tig Beschäftigten in unternehmensbezogenen Dienstleistungen unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl Mitte 2002 auf rund 80% des Niveaus in Westdeutschland.

Fazit

Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen haben in Ostdeutschland eine beachtliche Entwicklung genommen.

Die Unternehmen, die dafür Leistungen erbringen und in Ostdeutschland ihren Hauptsitz haben, haben im Durchschnitt erheblich geringere Umsatzgrößen und eine deutlich niedrigere Arbeitsproduktivität im Vergleich zu den Unternehmen in Westdeutschland. Dagegen unterscheiden sie sich insgesamt gesehen weniger in ihrer durchschnittlichen Personalstärke.

Für die Produktivitätsunterschiede gegenüber Westdeutschland gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Ein Hauptgrund besteht offenbar darin, dass die Unternehmen in Ostdeutschland niedrigere Erlöse wegen der deutlich geringeren Größe der Unternehmen erzielen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen. Außerdem spielen die geringere Ertragskraft der nachfragenden Unternehmen, Unterschiede in der Branchenstruktur der unternehmensbezogenen Dienste und administrative Festlegungen zur Preisbildung eine Rolle.

In Kürze werden die Daten aus der Dienstleistungsstatistik für das Jahr 2001 vorliegen. Dann wird es möglich, die für 2000 gewonnenen Erkenntnisse zu überprüfen und Entwicklungstrends festzustellen.

Siegfried.Beer@iwh-halle.de

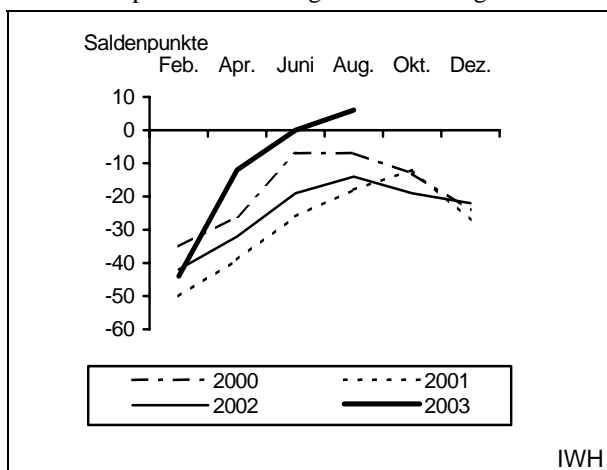
²⁴ Vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Siebzehnter Bericht, in: IWH-Forschungsreihe 2/1998, S. 47 ff.

²⁵ In früheren Untersuchungen wurde außerdem ein deutlich höherer Anteil des Reinigungspersonals im Vergleich zu Westdeutschland festgestellt. Dieser Unterschied hat sich nach diesen Daten weitgehend eingeebnet.

Ostdeutsches Baugewerbe im August 2003: Bei überwiegend guter Geschäftslage bleiben Aussichten negativ

Laut Umfrage des IWH unter 300 ostdeutschen Bauunternehmen haben sich die Besserungstendenzen in der Einschätzung der Geschäftslage auch im August 2003 fortgesetzt. Für das Baugewerbe insgesamt überwiegen sogar erstmals seit 1999 die positiven gegenüber den negativen Stimmen. Für den späteren Verlauf des Jahres wird aber wieder vermehrt mit einer Geschäftsabschwächung gerechnet, vor allem im Hoch- und Tiefbau. Auch wenn die Skepsis hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung nicht ganz so ausgeprägt ist wie noch vor einem Jahr, die Perspektiven bis zum Jahresende erscheinen in einem überwiegend negativen Licht.

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



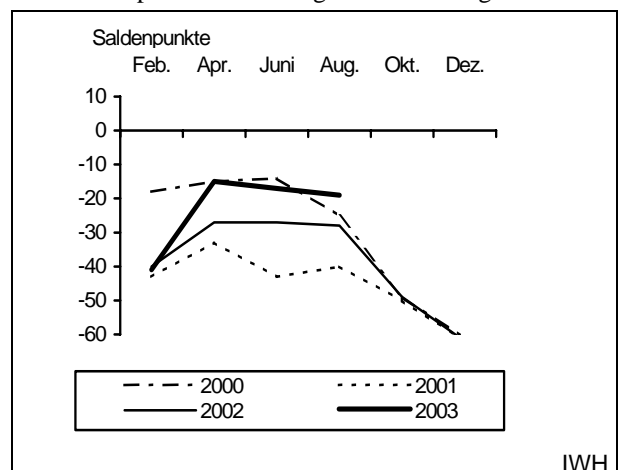
Quelle: IWH-Baumfragen.

Die in letzter Zeit zu beobachtende Stimmungsverbesserung der Geschäftslage ist wegen dem vermehrten Ausscheiden von insolventen Unternehmen zwar etwas überzeichnet, fällt aber selbst nach Eliminierung ihrer Antworten gegenüber Jahresfrist immer noch sehr deutlich aus. Kontinuierlich hat sich die Aufwärtsbewegung aber nur im Tiefbau fortgesetzt. Die Produktionsanstöße ergeben sich nach wie vor aus den Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden vom Sommer 2002. Im Hochbau scheint die Aufhellung vom ersten Halbjahr dagegen verfliegen zu sein. Da es unsicher ist, ob es zur angekündigten Abschaffung der Eigenheimzulage

kommt, halten sich viele private Haushalte vorerst mit weiteren Aktivitäten zurück. Die laut Genehmigungsstatistik ersichtlich vorgezogenen Entscheidungen zur Mitnahme der Eigenheimzulage werden gegenwärtig kaum in Aufträge umgesetzt. Von den zeitlich nachgelagerten Ausbaumaßnahmen bereits früher in Angriff genommener Neubauobjekte profitiert derzeit nur noch das Ausbaugewerbe.

Bei den Geschäftsaussichten bis zum Jahresende fällt die Verbesserung gegenüber Jahresfrist deutlich geringer aus. Zudem überwiegen sowohl im Bauhaupt- als auch im Ausbaugewerbe eindeutig die negativen Urteile. Besonders deutlich scheinen

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

dabei die Hoffnungen im Hochbau zu bröckeln. Auch im Tiefbau nimmt die Zuversicht der Unternehmen mit dem Auslaufen der Flutimpulse und angesichts äußerst knapper öffentlicher Kassen allmählich wieder ab. Das Ausbaugewerbe bewertet dagegen die Aussichten etwas weniger ungünstig als noch im Juni. Hier stehen wohl noch Ausbaaufträge aus bereits vorgezogenen Eigenheimobjekten sowie Modernisierungsmaßnahmen aus dem inzwischen in Kreditzusagen umgesetzten KfW-Modernisierungsprogramm an.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – August 2003

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Aug 02	Juni 03	Aug 03	Aug 02	Juni 03	Aug 03	Aug 02	Juni 03	Aug 03	Aug 02	Juni 03	Aug 03	Aug 02	Juni 03	Aug 03
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	9	14	14	34	36	39	40	35	36	17	15	11	-14	0	6
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	8	14	13	37	39	40	36	33	37	19	14	11	-10	7	6
darunter ^b															
Hochbau	8	14	10	36	37	38	35	34	39	22	15	13	-13	1	-4
Tiefbau	8	15	15	40	40	43	37	34	37	15	11	6	-4	11	15
Ausbaugewerbe	12	13	17	27	29	36	48	40	36	14	17	11	-24	-15	6
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	15	14	14	35	37	40	34	31	27	17	18	19	-2	2	9
20 bis 249 Beschäftigte	8	15	14	31	35	39	43	35	40	19	15	8	-22	0	6
250 und mehr Beschäftigte	0	0	25	80	50	25	20	50	50	0	0	0	60	0	0
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	7	7	11	36	31	34	40	48	39	17	15	15	-14	-25	-9
Neugründungen	10	15	17	37	41	44	34	27	30	19	18	9	-7	12	22
Bauhandwerk	9	17	11	32	37	41	43	31	39	17	15	9	-19	8	4
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	7	10	12	30	32	29	45	41	45	19	17	15	-28	-17	-19
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	6	10	11	29	36	29	46	37	45	19	17	15	-29	-9	-20
darunter ^b															
Hochbau	4	10	9	25	32	24	48	40	47	23	19	19	-42	-18	-34
Tiefbau	9	11	12	38	40	37	41	36	44	12	13	8	-6	3	-3
Ausbaugewerbe	7	10	13	31	23	27	43	51	46	20	17	14	-25	-35	-19
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	9	10	12	33	33	31	39	40	40	19	17	18	-15	-14	-15
20 bis 249 Beschäftigte	6	10	13	24	29	25	52	42	50	18	19	13	-40	-21	-26
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	80	83	100	20	17	0	0	0	0	60	67	100
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	7	7	11	32	44	37	44	32	27	16	18	24	-21	1	-3
Neugründungen	3	10	13	36	34	34	44	41	43	17	15	9	-21	-12	-4
Bauhandwerk	7	11	9	26	25	25	47	45	53	21	19	13	-35	-27	-32

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. - ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Wirtschaft im Wandel

11/2003

Ostdeutscher Arbeitsmarkt:
Noch keine Besserung in Sicht

Zur Stabilität der Bankensysteme
in der Tschechischen Republik,
Polen und Ungarn

Entwicklungspotenziale
und -hemmnisse ehemaliger
ostdeutscher Braunkohletagebau-
regionen – Das Fallbeispiel des
Geiseltals in Sachsen-Anhalt

IWH-Industrienumfrage im Juli 2003

Sonderhefte

4/2003

Neuere Anwendungsfelder der
Input-Output-Analyse in
Deutschland

– Tagungsband –

192 Seiten, April 2003, Preis: 20,00 Euro
ISBN 3-930963-75-2

3/2003

Empirical methods for analysing
the risk of financial crises

90 Seiten, April 2003, Preis: 15,00 Euro
ISBN 3-930963-74-4

2/2003

Vertical and horizontal patterns of
intra-industry trade between EU
and candidate countries

48 Seiten, April 2003, Preis: 10,00 Euro
ISBN 3-930963-73-6

Impressum

Herausgeber:

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Präsident: Professor Dr. Dr. h. c. Rüdiger Pohl

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)

Postfach: 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Telefon: (0345) 77 53 701

Telefax: (0345) 77 53 820

Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Redaktion: Dr. Manfred Packeiser

(Manfred.Packeiser@iwh-halle.de)

Layout: Ingrid Dede

Telefon: (0345) 77 53 720/721

Telefax: (0345) 77 53 718

Erscheinungsweise: 16 Ausgaben jährlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,60 Euro

Jahresbezug 31,00 Euro

(zuzüglich Versandkosten)

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck: Druckhaus Schütze GmbH

Fiete-Schulze-Straße 6, 06116 Halle (Saale)

Telefon: (0345) 56 666-0

Wirtschaft im Wandel, 9. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. September 2003

ISSN 0947-3211

**Gesamtübersicht
der IWH-Publikationen unter:
<http://www.iwh-halle.de>**